

Neuer Neuer

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERBEWEGUNG
HERAUSGEGEBEN VOM PARTEI VORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
REDAKTION, BERLIN N 54, LOTHRINGER STR. 1, „ZENTRALHAUS DER EINHEIT“

DEZEMBER 1947 • HEFT II

Worauf es jetzt ankommt!

Die Beschlüsse unseres II. Parteitag und Ihre Durchführung bedeuten eine Wende in unserer Parteiarbeit; sie bedingen die Entwicklung des Kampfes auf einer höheren Ebene. Haben wir bisher das Schwergewicht auf die Sicherung der Grundlagen der demokratischen Ordnung durch die Durchführung der Bodenreform, die Schaffung der volkseigenen Betriebe und die Säuberung und Demokratisierung der Verwaltungen gelegt, so ist uns jetzt die Aufgabe gestellt, zu beweisen, daß auf der so geschaffenen Grundlage die volkseigenen Betriebe den Konzernbetrieben und anderen großkapitalistischen Unternehmen im Westen überlegen sind, daß die private kapitalistische Initiative im Westen bei uns nicht nur ersetzt, sondern durch die Volksinitiative sogar übertroffen wird, daß, die autoritäre Herrschaft der Bürokratie, wie sie im Westen herrscht, durch die demokratische Verwaltung, die enge Volksverbundenheit der Verwaltung mit den Werktätigen und vor allen Dingen den Massenorganisationen in der sowjetisch besetzten Zone überwunden wird.

Die 3. (17.) Tagung unseres Parteivorstandes*) hat sich mit diesen Fragen, das heißt mit der Durchführung der Parteitagbeschlüsse, sehr gründlich beschäftigt und den Weg gewiesen, um ihre raschere Durchführung zu gewährleisten. Es ist unerlässlich notwendig, daß jede untere Einheit unserer Partei diesen Weg mit größter Gründlichkeit und Selbstkritik untersucht* um genau zu klären, was sie in ihrem Aufgabengebiet für die Durchführung der Parteitagbeschlüsse bisher getan hat und was noch getan werden muß.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung des Genossen Pieck über die Tätigkeit der Parteileitung stand unser Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands. Genosse Pieck stellte fest, daß, unabhängig davon, wann es zu einer gesamtdeutschen Beratung kommt, die Kampfgänge für die Durchführung eines Volksentscheides für den demokratischen Einheitsstaat von der ganzen Partei verstärkt fortgesetzt werden muß. In einer breiten Volksaufklärung* gegen alle Pläne der Zerreißung Deutschlands müssen gleichzeitig die Kräfte für die Steigerung der Produktion, Hebung der Arbeitsmoral und damit der Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen der Ostzone mobilisiert werden.

Genosse Dahm befaßte sich auf der Tagung des Parteivorstandes mit einer kritischen Einschätzung der Auswertung und Durchführung der Beschlüsse des Parteitages und stellte fest, daß noch erhebliche Schwächen in der Auswertung dieser Beschlüsse vorhanden sind, insbesondere in der Verbindung der praktischen Aufgaben in den Orten, Kreisen und Ländern mit den großen politischen Fragen sowie bei der Gewinnung der Volksmassen für die Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands.

In der ersten Zeit nach dem Parteitag ist die allgemeine Berichterstattung in den Organisationen erfolgt. Die Genossen haben diese Berichte mit freudiger Zustimmung aufgenommen und waren besonders über die Einmütigkeit der Berichte sowie darüber begeistert, daß endlich die Verbindung mit den Sozialisten anderer Länder hergestellt wurde. Aber das war nur der erste Schritt, nun gilt es, unverzüglich den nächsten zu tun; nämlich mit den Parteiobersten von den obersten bis zur untersten Einheit den Inhalt der Kampfaufgaben durchzusetzen. Der Parteivorstand verpflichtet alle Parteiorganisationen und ihre Vorstände, energisch an die Auswertung vorhandener Schwächen heranzugehen. Hierzu gehört insbesondere die Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppen und der ländlichen Ortsgruppen, sowie die Erfüllung der Aufgaben der Produktionssteigerung und der Sicherung der Volks-